

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 22

Sonnabend, den 15. November 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Das bankrotte Deutschland Die Reichsregierung hat mit Zustimmung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung beschlossen, einen namhaften Teil des bewilligten Anleihekredits zur Leistung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstühtungen an Deutsche zu verwenden, die anlässlich des Krieges im Ausland Schäden erlitten haben. Die endgültige Entschädigung bleibt der gesetzlichen Regelung vorbehalten.

Durch ein großzügiges Hilfsunternehmen soll nicht nur der dringenden Notlage einzelner Auslandsdeutscher abgeholfen, sondern auch dem deutschen Außenhandel die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit erleichtert werden. In dem Verfahren über die Auszahlung der Gelder werden die Geschädigten selbst bei der Prüfung der Anträge und bei der Beschlussfassung durch ihre Interessenvertretungen mitzuwirken haben. Wahrscheinlich wird eine Neuauflage der Ansprüche erfolgen müssen, über die Näheres noch bekanntgegeben wird. Und die Deutschen im Inlande, die während des Krieges Schäden erlitten haben? Das deutsche Reich pumpt, um wegzuschicken.

Opfer eines Wahnsinnigen. Nach den Mitteilungen der Pariser Kammerkassierungen betragen die Verluste der Deutschen bei den fruchtlosen Stürmen auf Verdun 79000 Mann. Die Franzosen verloren bei der Verteidigung 80000 Mann. Diese Opfer wären also auf das Konto dieses preußischen Blutmenschen „Nummer feste druff!“ zu setzen, der zur Befriedigung seines Ehrgeizkugels die Menschen in solchen Massen in den Tod hegte.

Ein Rostsozialist billigt Die Tägliche Rundschau meldet aus München: „Charakteristisch ist, daß zum Jahrestag der Revolution der älteste Führer und Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei, Adolf Hopen, gegen Kurt Eisner in einer Broschüre die Anklage der Hingabe dem Spartakismus gegenüber erhebt, die Ermordung Eisners als natürliche und logische Folge des Usurpatorischen und Diktatorischen in Eisners Haltung offen bezeichnet und für den Mörder Eisners unverblümt mildernde Umstände geltend macht.“ Das reaktionäre Blatt bemerkt freudestrahlend zu dieser Meldung: „So urteilt ein Parteigenosse und Freund der Revolution.“

Jedes Wort der Kritik würde dies Dokument moralischer Ver lumpung nur abschwächen.

4 Jahre Zuchthaus für einen Schieber. In München-Gladbach wurde ein Zuchtschieber mit 4 Jahren Zuchthaus und der Einziehung seines gesamten Vermögens bestraft.

Ob das Mittel hilft, oder ob die Schieber nun die Zuchthausprämie auf die Ware aufschlagen?

Die bulgarischen Kriegsschuldigen Die Regierung hat in Sofia die hervorragendsten Mitglieder der Partei

Radoslawow verhaften lassen. Die offiziellen Blätter erklären diese Maßnahme durch die Absicht, die Verantwortlichkeit derjenigen festzustellen, die Bulgarien in den Krieg gezogen haben. Die Regierung will Verhandlungen mit den benachbarten Staaten einleiten, um die Auslieferung des früheren Zaren Ferdinand, Radoslawows und mehrerer Generale zu erreichen.

Todesurteil gegen Hauptmann Saboul. Der französische Hauptmann Saboul war, wie wir bereits berichteten, mit einer Militärmission nach Rußland geschickt worden, und hatte dort den vielgeschmähten Bolschewismus aus eigener Anschauung kennen und seine aufbauenden ethisch und sozial wertvollen Kräfte würdigen gelernt. Mit großem Mut hat dann dieser Militär sich benützt, an der Verbreitung der Wahrheit über Sowjet-Rußland nach besten Kräften mitzuwirken und schloß sich der sozialistischen Partei seines Landes an, die ihn auf ihre Kandidatenliste zu den Kammerwahlen gesetzt hat. Das zog ihm den Haß der französischen Imperialisten zu und dann wurde in größter Hast, noch vor Stattfinden der Wahlen, ein Verfahren wegen Hochverrats gegen ihn eingeleitet.

Aus Paris wird heute gemeldet: Hauptmann Saboul wurde einstimmig in contumacia zum Tode verurteilt unter gleichzeitiger Degradierung.

Das dritte Bordell auf Gemeindefosten. Aus Wiesbaden kommt folgende Nachricht: Nachdem bereits auf Grund einer Anordnung der Franzosen die Stadt zwei Freudenhäuser für Offiziere und Mannschaften hat einrichten müssen, hat die Besatzungsbehörde nunmehr ein drittes öffentliches Haus gegenüber der Kaserne verlangt, das innerhalb vierundzwanzig Stunden geräumt werden mußte. Trotz des bestehenden Kohlenmangels verlangen die Franzosen eine bessere Beheizung der Freudenhäuser. Das von der Stadt im Sommer geschlagene und für die Zeit der Kohlennot aufgestapelte Holz haben die Franzosen beschlagnahmt.

Beantragte Amnestie. Einen Antrag auf Erlass eines Gesetzes über Straferlaß für Dienstvergehen haben die Rechtssozialisten der preussischen Landesversammlung eingebracht. Danach sollen alle Disziplinarvergehen und Untersuchungen wegen solcher Dienstvergehen, die in der Zeit vom 9. November 1918 bis zum 9. Mai 1919 in Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Umgestaltung begangen worden sind, nebst den Kosten niedergeschlagen werden. Alle Strafen, die wegen solcher Vergehen erlassen sind, sind aufzuheben, Beamte, die im Disziplinarwege entlassen sind wegen dieser Vergehen, sind wieder einzusetzen. Personalvermerke über diese Strafen sind zu löschen.

Schwerer Unfall der Genossin Jettin. Wie wir aus Stuttgart erfahren, ist Genossin Alara Jettin vor ihrer Wohnung gefallen. Die sofort vorgenommene ärztliche Untersuchung hat einen Bluterguß im Gehirn festgestellt.

Das Detachement Roßbach

2000 deutsche Soldaten nach Kurland marschiert

Der rechtssozialistische Parteisekretär Th. Wolff, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, hat an den Reichspräsidenten Ebert folgenden Offenen Brief gerichtet:

Wilft, 4. November 1919.

Ich erlaube mir ergebenst, den Herrn Reichspräsidenten von folgendem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen:

In einer Sitzung des Reichstages erklärte der Herr Reichswehrminister, Genosse Rostke, daß er auf jeden Soldaten schießen läßt, der die deutsche Grenze nach Rußland überschreitet.

Demgegenüber besteht die Tatsache, daß in Bororten von Wilft am Donnerstag, den 30. Oktober, über 2000 Soldaten eintrafen, die nachts Wilft passierten und nach Rußland zogen.

Nachdem in dem Kirchdorfe Groß-Friedrichsdorf, Kreis Niederung, die einquartierten Truppen geraubt und geplündert hatten, setzten sie sich in Marschbereitschaft.

Vor ihrem Abmarsch erklärte ihnen der Kommandeur: „Kameraden! Wir verlassen jetzt den deutschen Boden und werden nach einigen Wochen in ein neues, reines Deutschland zurückkehren!“ Nach Beendigung dieser Ansprache erschollen Hurrarufe, „Nieder mit der Rostegarde!“ und „Deutschland, Deutschland über alles!“

Panzerautos und Flugfahrzeuge folgten dem Zuge.

Als Beweis führe ich an das Zeugnis des Herrn Amtsvorstehers Ewald Ruppenstein, Gr. Friedrichsdorf (Sunnischken).

Für Montag, den 3. November, sind bereits für weitere tausend Mann Quartiere belegt worden. Diese trafen jedoch noch nicht ein, sondern werden 2-3 Tage später kommen.

Ich nehme wohl an, daß der Regierung diese Zustände unbekannt sind, weil die Soldaten zu Fuß kamen und die Grenze bei Nacht und Nebel zu überschreiten suchten.

Was gedenkt der Herr Reichspräsident zu tun, um diese konterrevolutionären Landsknechte zu ent Waffen, die für Ostpreußen und das Reich eine große Gefahr bilden?

Dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eine Abschrift dieses Schreibens zur Kenntnisnahme gesandt worden.

Mit Parteigrüß

Th. Wolff, Parteisekretär, M. d. R.

Das Detachement Roßbach, das am 31. Oktober bei Turoggen über die Grenze gegangen ist, stand seit vielen Monaten im Bunde mit den baltischen Verschwörern und hat diesen wertvolle Helfersdienste geleistet. Die Mehrzahl seiner Offiziere bereitete Deutschland, um Truppen für das baltische Abenteuer anzuwerben, Munition, Artillerie und Flugzeuge nach Kurland zu verschieben. Das Detachement Roßbach hat, wie wir schon berichteten, auch die Mannschaften des Infanteriereg. 21 in Thorn zur Meuterei veranlaßt. Sein Standort in Culmsee war eine Art Sammelpunkt für alle Verschwörungen und Zettelungen, die von den Baltenschiebern in Deutschland unternommen wurden. Obwohl die Regierung von den Treibereien des Detachements unterrichtet war, hat sie nichts unternommen, um den Grenzübergang zu verhindern. Sie hat damit die volle Verantwortung für dieses Unternehmen zu tragen.

In dem Grenzübergang sind am stärksten Leutnant Krull, Bracht und Koepke beteiligt. Leutnant Krull wohnte längere Zeit in Berlin im Continental-Hotel, er hatte riesige Summen russischen Geldes zur Verfügung und hat sich vor allem in der Verschlebung von Flugzeugen hervorragend betätigt. Bereits am 20. September war dieserhalb von einem Offiziersstellvertreter gegen Krull ein Strafantrag bei der Berliner Kommandantur eingereicht worden. Die Kommandantur schickte den Strafantrag nach Culmsee an das Reichswehr-Jäger-Batl. 37 (Detachement Roßbach) zur weiteren Veranlassung. Dieser Truppenteil, der aus lauter Verschwörern bestand, hatte natürlich nichts eiligeres zu tun, als dem Leutnant Krull den Strafantrag auszuhändigen. Und so wartet die Kommandantur noch heute auf ihren Bescheid, während Krull seiner Schieberungen ungehindert fortsetzen und seiner landesverräterischen Tätigkeit durch den gelungenen Grenzübergang des gesamten Detachements Roßbach die Krone aufsetzen konnte.

Ueber den Umfang der Schieberungen, die von Leutnant Krull vorgenommen worden sind, geben uns mehrere Rechnungen der Luftverkehrsgesellschaft (Sohannisthal) Auskunft. Danach wurden ihm noch am 11. Oktober zwei Flugzeuge LVG. P. I Nr. 13/19 und LVG. P. I Nr. 23/19 zum Preise von je 37500 Mark geliefert, außerdem Brennstoffe im Werte von 2830 Mark. Außerdem liegt eine Rechnung vom 2. Oktober vor über einen Betrag von 2850 Mark. Das sind alles natürlich nur kleine Ausgaben, von denen wir zufällig Kenntnis erhielten. Die Schieberungen, die Leutnant Krull seit Monaten vorgenommen hat, gehen in Wirklichkeit in die Millionen. Krull ist es vor allem auch gewesen, der

im September die Flugzeuge für die Flieger-Abteilung 426, die seit vielen Monaten zu den Russen übergetreten ist, geliefert hat — eine Schieberung, die die Regierung beharrlich abstreiten wollte, trotzdem wir einwandfreie Beweise dafür erbracht hatten.

Daß Herr Leutnant Krull die Schieberungen nicht zu seinem Privatvergnügen vorgenommen hat, sondern mit Wissen und Willen des Detachements Roßbach, also einer Reichswehrformation, mag durch folgendes Telegramm erhärtet werden:

„Leutnant Krull Continental Berlin.
Culmsee, 12. 9.

Russische Nationalhymne in Musik, wenn möglich noch zwei andere russische Märsche oder Lieder mitbringen. Musikalienhandlung Bote u. Bock, Leipziger Straße oder Parisius oder andere Geschäfte.

Unterschrift:
Sturmabteilung Roßbach a. B. Koepke.“

Hier wird also der einwandfreie Nachweis erbracht, daß die deutsch-russischen Verschwörer mit gewissen Reichswehrformationen Hand in Hand arbeiten. Wir haben darauf schon wiederholt hingewiesen und haben betont, daß nur mit der nachdrücklichen Unterstützung der deutschen militärischen Dienststellen das baltische Abenteuer des Räuberhauptmanns Vermondts lebensfähig geworden ist.

Daß der Nachschub nach Kurland bisher noch nicht unterbunden worden ist, sondern mit Hochdruck fortgesetzt wird, kann jetzt auch von der Regierung nicht mehr abgestritten werden. Die vielen Verhaftungen reden eine zu deutliche Sprache. Es ist für jeden Einsichtigen klar, daß auch der Uebergang der 2000 Mann starken Abteilung Roßbach nach Turoggen nur mit Hilfe und Unterstützung militärischer Dienststellen möglich sein konnte. Von diesen Kreisen wurden bisher alle Regierungsmaßnahmen gegen das baltische Abenteuer planmäßig durchkreuzt. Die Verordnungen der Regierung sind für sie nur Luft. Sie spielen der Regierung eine Komödie vor, indem sie sich immer wieder als treue Diener des Staates ausgeben, in Wirklichkeit machen sie ihre eigenen Gesetze. Und so lange die Regierung nicht den Mut findet, dieser Selbstherrlichkeit der Offizierskamarilla ein Ende zu machen, so lange wird der Nachschub an Menschen und Material nach Kurland nicht nachlassen, und das deutsche Volk wird immer wieder von neuem in schwere Konflikte gestürzt.

Der Vorgang ist um so ungeheuerlicher, weil die Berliner Freiheit bereits am 21. Oktober die Öffentlichkeit von dem Plan der meuternden Truppen in Kenntnis gesetzt hatte. Die Regierung besaß auch nicht die Kraft, ihren Befehlen Geltung zu verschaffen und der militärischen Rebellion Herr zu werden. Das Detachement Roßbach konnte den weiten Weg von Culmsee bis Wilft ungehindert zu Fuß zurücklegen und ist glücklich in Rußland gelandet. Damit ist die völlige Machtlosigkeit der Regierung den baltischen Rebellen gegenüber einwandfrei festgestellt. Das steht sogar das Blatt der Nemeleer Rechtssozialisten, die Volksstimme, ein. Sie bringt den offenen Brief an den Reichspräsidenten zum Abdruck und schreibt dazu sehr zutreffend:

„Heute weiß jeder Deutsche, daß wir uns mit den Baltikumtruppen eine Ratter am Busen großgezogen haben, die zu gegebener Zeit ihr konterrevolutionäres Gift auch nach Deutschland hineinbringen wird. Daß dafür gesorgt war, daß keiner, der zu den Baltikumtruppen wollte, erschossen wurde, wußten wir längst und haben den diesbezüglichen Befehl Rostkes als Kuriosum unserm Archiv einverleibt. Ehe die Arbeitererschaft der Grenzreise nicht zur Selbsthilfe greift, ist an eine Aenderung des jetzigen Zustandes gar nicht zu denken. Die unzweifelhaft bestehende Militärregierung setzt sich mit Hilfe der vornovemberlichen Geheimratswirtschaft besser durch, als die rechtmäßige Regierung — da liegt der Fehler.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bestätigt die Angaben des Herrn Wolff. Die unsichere Haltung des Detachements wäre bekannt gewesen und deshalb sei es von Culmsee nach Marienwerder abtransportiert worden. Während dieser Beförderung nach dem Westen erfolgte der heimliche Abmarsch eines Teiles der Truppen bei Nacht und Nebel. Es wurde nun versucht, die abhängigen Truppen durch andere aufhalten zu lassen. Dieser Versuch mißlang aber, weil die Truppen, die zum Aufhalten bestimmt waren, sich weigerten, Gewalt anzuwenden. Vielmehr schlossen sich von den Aufhaltetruppen einige noch dem Detachement Roßbach an.

Wie die D. Z. weiter erfährt, sind die Aufhaltetruppen am Pregel und am Memel postiert gewesen. Auch wurden Offiziere in Kraftwagen hinter den Truppen des Detachements Roßbach hergeschickt und haben versucht, mit diesen zu verhandeln. Der Erfolg dieser Verhandlungen ist aber negativ gewesen.

Politische Rundschau

Deutschland

Liebnechts Broschüre

von Noske erneut beschlagnahmt

Die Beschlagnahme der Broschüre von Karl Liebnecht „Militarismus und Antimilitarismus“ war unzweifelhaft eine Heldentat ersten Ranges des „sozialdemokratischen“ Berliner Polizeipräsidenten. Aber die Sache wächst sich aus. Der Ober-Reichsanwalt hat die Beschlagnahme der Broschüre wie auch der Bilder und der Totenmaske aufgehoben und auf die ihm erneut gestellte Zumutung, die Sachen wieder zu beschlagnahmen, erwidert, er habe dazu nicht die allergeringste Veranlassung.

Nun sind aber inzwischen Wochen verfloßen, ohne daß bisher die von dem Oberreichsanwalt freigegebenen Sachen vom Polizeipräsidenten Eugen Ernst wieder zurückgegeben sind. Alle Reklamationen durch die Witwe Liebnechts, durch Drucker und Verleger waren vergeblich. Der Verleger, Genosse Adolf Hoffmann, wandte sich an das Ministerium des Innern und unterbreitete dem Unterstaatssekretär Dr. Freund die Angelegenheit. Am 9. d. M. erhielt er die persönliche Antwort von Dr. Freund, daß das Polizeipräsidentium die Sachen dem Oberkommando übergeben und dieses sie gegen den Willen des Reichsanwalts wieder beschlagnahmt hätte. Trotz zweimaliger Anweisung des Oberreichsanwalts und des zuständigen Staatsanwalts in Berlin, Weißmann, wurden die Sachen nicht freigegeben. Das Oberkommando ist der Meinung, daß die Broschüre und auch die Bilder in heutiger Zeit aufreizend wirken.

Das Unerhörte bei dieser Sache ist, daß das Oberkommando, also Herr Noske, sich über die Entscheidung des Oberreichsanwalts stellt. Das ist nicht nur Rechtsbeugung, denn der Oberreichsanwalt ist die höchste darüber zu entscheidende Behörde, sondern eine Anmaßung von Befugnissen, die Noske nicht zusteht. Damit beweist er aufs neue, daß sein Haß gegen die Arbeiterbewegung, sowie gegen die Personen, die den Militarismus bekämpfen, ihn zu einem bewußten Förderer der Geenenrevolution macht.

Ein Vergleich

Ein englischer Kommunist — als solchen bezeichnet wenigstens Fenner Brodway den englischen Schriftsteller Douglas Goldring — hat vor geraumer Zeit Deutschland bereist. Er ist in Frankfurt, Stuttgart, München, Berlin, Dresden, Leipzig und anderen Städten gewesen, hat mit führenden Persönlichkeiten der Sozialisten und Kommunisten gesprochen und einen Extrakt aus allem, was er gesehen und erfahren hat, finden wir nun in einem Interview mit Fenner-Brodway im Labour Leader niedergelegt. Er äußert sich sympathisch über die Unabhängige Sozialdemokratie und ist entsetzt über das Blutvergießen und die Gewaltanwendung durch die Mehrheitssozialisten. Er erwähnt den Mord an Eisner, Gustav Landauer. Befragt, ob er wirklich glaube, daß die Mehrheitssozialisten in der deutschen Regierung einen Teil Verantwortung für die Methoden der Unterdrückung haben, die gegen die Kommunisten angewendet werden, erwiderte Douglas Goldring sofort:

„Lloyd George und Winston Churchill würden vollkommen genügend sozialistisch sein, um einen Platz in der deutschen Regierung zu finden. Die Mehrheitssozialisten sind nicht Sozialisten in dem Sinne, in dem wir diese Bezeichnung verstehen.“

Das ist bitter! Am meisten aber schmerzte es den englischen Kommunisten, zu beobachten, „wie die Männer, die mit Bebel zusammenstanden, als er fünfzig und mehr Jahre verfolgt wurde, sich jetzt vorbereiten, die jüngere Generation von Kommunisten zu verfolgen. Ich bin sicher, daß Bebel selbst nicht unter den Verfolgern gewesen wäre.“

Noch bezeichnender!

Wir haben kürzlich auf einen bezeichnenden Streit zwischen dem General Ludendorff und dem General Scheidt hingewiesen, in dem der ehemalige Kriegsminister Scheidt aus Furcht vor der kommenden Gegenrevolution sich gegen den Vorwurf verteidigte, der Revolution nicht tatkräftig genug Widerstand entgegengesetzt zu haben. Wir nannten es bezeichnend, daß unsere Zeit schon soweit gediehen ist, daß man sich dagegen verteidigen muß, mit der Revolution auch nur das Geringste zu tun gehabt zu haben. Wir haben sehr schnell ein zweites, viel bezeichnenderes Schauspiel erlebt. Die Deutsche Tageszeitung, das erreaktionäre Organ der Großgrundbesitzer, hatte Herrn Noske den Vorwurf gemacht, daß er in Kiel die Revolution nicht verhindert habe. Er sei von der Regierung dort hingefendet worden, um die Ordnung wieder herzustellen, anstatt diesen Auftrag auszuführen, habe er sich an die Spitze der aufständischen Truppen gestellt. Der Herr Reichswehrminister hatte nichts Eiligeres zu tun, als im Vorwärts in einer anderthalb Spalten langen Polemik sich gegen den Vorwurf zu verwahren, als ob er irgend etwas zur Unterstützung der Revolution getan habe. Als er nach Kiel gekommen sei, sei es bereits zu spät gewesen. Nur hundert in einem Keller eingesperrte Infanteristen hätten ihm zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung gestanden. Die Aufständischen hätten ihn sogleich von seinen Begleitern getrennt und ihn später zu ihrem Führer gemacht. Herr Noske entschuldigt sich förmlich, daß er nichts weiter tun konnte, um die Revolution zu verhindern, aber ihm haben die Mittel dazu gefehlt. Auch er sieht die Gegenrevolution kommen und bittet deshalb um gut Wetter. Auch er will mit der Revolution heute nichts mehr zu tun gehabt haben; er fürchtet, daß die Reaktion nicht ganz so sanft mit den revolutionären Elementen abrechnen würde, wenn sie wieder zur vollen Macht gelangt sein wird, worauf Herr Noske ja auf das eifrigste hinarbeitet. Es soll dem Herrn Reichswehrminister nicht vergessen werden, daß er kaum ein Jahr nach der deutschen Revolution diese in aller Öffentlichkeit verleugnet. Aber wir wollen auch bedenken, daß dies dem Geist der Zeit entspricht. Nachdem die Gefahr, die die Revolution für Leib und Leben der Kriegsschuldigen hätte bedeuten sollen, vorüber ist, nachdem die wankenden Gestalten mit schlotternden Knien sich wieder aufgerichtet haben, versuchen nicht nur die deutschnationalen Parteien, sondern auch die sogenannten Demokraten die Revolution. Die Herren Demokraten, die noch im November 1918 hocherfreut aus den Händen der Revolutionäre ihre Ministerfesseln in Empfang nahmen, die in großen Demonstrationen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen die Revolution zu feiern vorgaben, diese Herren lehnen jetzt jede Gemeinschaft mit der Revolution ab. Auch das soll ihnen für die Zukunft unvergessen bleiben. Nur aus diesem Geist

heraus ist es zu verstehen, daß am 9. November 1919, am ersten Jahrestage der Revolution, ein Trupp reaktionärer Soldaten in demonstrativer Weise einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Fahne am Denkmal Friedrichs des Großen in Berlin niederlegen kann. Jauchzend berichtete die bürgerliche Presse, daß das Publikum schweigend und mit Zustimmung dem Vorgang zusah. In der Tat, wer es heute wagte, die imperialistische schwarz-weiß-rote Fahne anzulasten, auch nur mit Worten gegen das Treiben der Reaktion aufzutreten, er würde nicht nur Noskes Söldnern, sondern auch der Wut der reaktionären Bourgeoisie verfallen. Das sind die Früchte des 9. November 1918.

Engländer über die Einwohnerwehr

Im liberalen Manchester Guardian veröffentlicht ein englischer Berichterstatter einen Bericht aus Berlin über die Zusammensetzung, Bewaffnung und Betätigung der Einwohnerwehr, dem wir u. a. folgende Sätze entnehmen:

„Es existieren in Deutschland noch immer starke militärische Kräfte, die offiziell nicht als Teile der Armee bezeichnet werden, nämlich die sogenannten Einwohnerwehren. Das sind örtliche Körperschaften von bewaffneten freiwilligen Zivilisten, die man überall finden kann. Sie sind nicht nur mit Gewehren, sondern auch mit allem andern Kriegsmaterial ausgerüstet. Fast jeder Gutsbesitzer in Pommern und Ostpreußen soll jetzt eine Schar bewaffneter Gefolgsleute besitzen wie im Mittelalter. Wie in den Dörfern, so ist es auch in den Städten. Erst kürzlich erschienen auf die Nachricht von einem spartakistischen Putsch Studenten in den Straßen Berlins, die mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet waren. Die Stärke der Einwohnerwehren muß gewaltig sein, und sie stellen eine offenfundige Verletzung des Versailler Vertrags dar. Ueberall sind die Einwohnerwehren politisch und reaktionär.“

Richtig erkannt. Zu erwarten bleibt, daß auch die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen werden!

Presschef Ulrich Kauscher

Laut einer kürzlich im Reichsanzeiger erfolgten Veröffentlichung übertrug der Reichspräsident die in der Reichskanzlei neu geschaffene Stelle eines Direktors dem Leiter der vereinigten Pressbüros des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes, Ulrich Kauscher.

Damit haben sich die regierenden „Sozialisten“ den würdigsten Herrn seines Fachs ausgesucht: Ulrich Kauscher betätigte sich jahrelang in der Fabrikation der kriegsbegeisterten Gesänge und alldeutschen Hymnen und mit derselben Ueberzeugungstreue wie er Wilhelm die Kaisertröte, so wird er Herrn Ebert die republikanische Tröte schwingen.

Ein edler Staatsanwalt

Einem großen Skandal ist die Landesregierung in Detmold auf die Spur gekommen und hat ihn durch energisches Zutun rechtzeitig ein Ende bereitet. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht zu Detmold namens Credet, ein bekannter Führer der Deutschnationalen, wurde zur Disposition gestellt, weil er einen wegen Totschlags angeklagten deutschnationalen Pastorsohn gegen die Anordnung der vorgeordneten Behörde außer Strafverfolgung gesetzt hatte. Der Pastorsohn hatte in einer deutschnationalen Versammlung im Mai dieses Jahres einen sozialdemokratischen Arbeiter getötet und einige andere Versammlungsbesucher verletzt.

In der Landtagsitzung führte das Vorgehen des Staatsanwalts zu einer erregten Aussprache. Der Landespräsident sagte eine weitere strenge Verfolgung des bisherigen Ersten Staatsanwalts zu.

Was sagen die Deutschnationalen zu diesem edlen Vertreter, die sich erst kürzlich nicht genug darüber aufregen konnten, als ein Sozialdemokrat, der als Opfer der Klassenjustiz fälschlich wegen Meineides zu schwerster Strafe verurteilt wurde, rehabilitiert wurde? Vermutlich sympathisieren sie insofern mit dem schneidigen Staatsanwalt, für dessen Edelmut dem hoffnungsvollen Pastorsöhnchen gegenüber sie sicherlich großes Verständnis aufbringen werden, möchten sie doch auch nur zu gern alle sozialdemokratischen Arbeiter tötlichlagen!

Unverschämte Hetzapostel

Die konservativen Zeitungen hielten sich in den ersten Zeiten der Revolution notgedungen etwas im Zügel. Jetzt wähen sie ihre Stunde nahe und lügen, was Zeug und Leder hält. So leistet sich die Marienburger Zeitung in ihrer Nummer vom 12. November folgendes Dubsenstück:

(Die Errungenschaften der Revolution)

	Einst 1918	Jetzt 1919
Ausgaben des Reiches im ordentl. Etat ca.	8 Milliarden	18—20 Milliarden
Fehlbetrag im preussischen Etat	2,3 Milliarden	6 Milliarden
Steuerbelastung in Preußen	641,9 Millionen	1360,6 Millionen
Fehlbetrag der preussischen Eisenbahnen	1894 Millionen	3963 Millionen
Kosten für Heer und Flotte (Friedensstärke)	1914: 2 Milliarden für 880 000 Mann d. h. pro Mann 2270 Mark	1,5 Milliarden für 115 000 Mann d. h. pro Mann 13 034 Mark
Kosten für Soldatenräte	bis November 1918: 0,0 Mark	Novbr. 18—März 19: ca. 100 Millionen
Papiergeldumlauf	12—13 Milliarden	41—42 Milliarden
Metalldeckung der Noten	19,5 Proz.	3 Proz.
Goldbestand der Reichsbank ca.	2,3 Milliarden	ca. 1,1 Milliarden
Valuta: 100 Schweizer Franken kosten	Oktober 1918: 130—140 Mark	Oktober 1919: ca. 500 Mark
Entschädigung für Bahndiebstähle (Preussische Bahnen)	120 Millionen	mindestens 160 Millionen
Entschädigung für gestohlene Postsendungen	280 000 Mark	1 500 000 Mark
Kohlenpreise im Großhandel (pro Tonne) und wie steht es mit allem anderen, was wir täglich brauchen?	Herbst 1918: 39,5 Mark	Herbst 1919: 79,4 Mark

Selten findet sich auf so kurzem Raum eine solche Anhäufung bössartiger Lügen. Die heutigen Zustände sind teils eine Folge des militärischen Zusammenbruchs, teils sind sie der Egoismus der Kapitalistenklasse und die Unfähigkeit der Regierungsbürokratie verantwortlich zu machen. Der militärische Niederbruch war schon erfolgt, als die Revolution eintrat.

Am 2. Oktober vormittags, nachdem die Oberste Heeresleitung wiederholt die sofortige Anbahnung von Friedensverhandlungen verlangt hatte, sprach der Vertreter der Obersten Heeresleitung vor den Parteiführern des Reichstages über die militärische Lage. Er schilderte zunächst den Zusammenbruch der bulgarischen Front und das nahe Verhängnis im Westen. Als Schuld führte er die wachsende Uebermacht der Feinde und die Erschöpfung der deutschen Reserven an. Er sagte:

„Die Oberste Heeresleitung mußte den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.“

Die Tanks der Feinde seien in Massen verwendet worden, Deutschland könnte nicht die gleichen Massen entgegenstellen. Restlos entscheidend sei die Ersatzfrage gewesen. Nach Einstellung der Genesenen und des Jahrganges 1900, die höchstens zu einem ruhigen Winterfeldzuge ausreiche, sei unsere letzte Menschenreserve verbraucht. Die Verluste der Schlachten (der Offensiven 1918) seien über Erwartung groß. Man könne den Krieg durch Ausweichen noch weiterführen, könne verwüstetes Land hinterlassen, aber gewinnen könne man nicht mehr. Dann erklärte der Vertreter der Obersten Heeresleitung:

„Aber jeder Tag weiter bringt den Gegner seinem Ziel näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu schließen. Deshalb darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen. Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensausichten wir für die militärische Lage haben.“

Klarer konnte die Schuld der militärischen Machthaber und ihr schändliches Glücksspiel mit den leidenden Völkern nicht zugestanden werden. Die Rede zeigt zugleich unzweideutig, daß weitere Opfer ein furchtbares Verbrechen gewesen und daß tatsächlich Ludendorff und Genossen am Ende ihres Lateins waren. Heute wagen ihre Gesinnungsgenossen frech, die Schuld des Zusammenbruchs und der Kriegsfolgen aufs Konto der Revolution zu setzen.

Rußland

Sieg der Bolschewiki auf allen Fronten

Die Lage des Generals Judenitsch beginnt verzweifelt zu werden. Die Bolschewiki haben ihn nahezu umzingelt. Er steht vor der Wahl ins Meer gedrängt zu werden oder zu kapitulieren. Denikin ist ebenfalls am Ende. Seine Lage wird mit jedem Tage kritischer. Die heftigsten Gegner Denikins sind die Bauern und die Arbeiter geworden. Denikins Versuche, die Parteigänger der roten Nationalisten und der linkssozialen Revolutionäre auf seine Seite zu bringen, sind kläglich gescheitert. Auch die Großbauern, die Denikin gleichfalls zu gewinnen suchte, haben ihn im Stich gelassen. Seine einzige Stütze sind die Offiziere und die Besitzenden. Ueber größere Machtmittel verfügt Petljura, der seine Anhänger unter den Großbauern hat. Petljura stützt sich auf die fremden Bajonette, um sich zu behaupten. In dem Augenblick, wo die Sowjettruppen in der Ukraine Fortschritte machten, sind Petljuras Truppen in großen Massen zu den Roten übergelaufen. Alle Bemühungen Petljuras und seiner Verbündeten, sich mit Denikin zu vereinigen, sind vollkommen gescheitert. Die Sowjetmacht einzig und allein hat die Aussicht, einen entscheidenden Einfluß auf die Dinge in der Ukraine in nächster Zukunft auszuüben.

Ihre Truppen haben in diesen Tagen Tscheringew nördlich von Kiew erobert und bedrohen Kursk. In Sibirien ist Koltshats Rolle ebenfalls ausgespielt. Diesen günstigen Augenblick wählten die Bolschewiki, um der Entente neue Friedensvorschlüge zu unterbreiten.

Danach soll ein Waffenstillstand auf zunächst 14 Tage abgeschlossen werden. Keine der Parteien darf ihn zum Transport von Truppen oder Kriegsgerät benutzen. Die Bürger der russischen Sowjetrepublik sollen freien Zugang zu den alliierten und assoziierten Ländern und allen den Ländern erhalten, die aus dem Gebiete des früheren russischen Reiches entstanden sind. Sie sollen freien Aufenthalt und Verkehr haben und Schutz genießen, so lange sie sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder nicht einmischen. Dasselbe soll für die Untertanen dieser Länder Rußland gegenüber gelten. Die Sowjetregierung erkennen die finanziellen Verpflichtungen des früheren russischen Reiches gegenüber den fremden Ländern an, die den Friedensvertrag unterzeichnen. Die Friedenskonferenz soll in einem neutralen Lande stattfinden.

Die russische Sowjetregierung erklärt sich zur Annahme der von ihr aufgestellten Vorschläge bereit, wenn diese von den Verbündeten bis zum 15. November anerkannt werden. Die Vorschläge enthalten am Schluß eine für Deutschland höchst beachtenswerte Stelle: Die Sowjetregierung verlangt von Amerika und England eine Bürgschaft dafür, daß diese Mächte alles tun werden, um Frankreich zum Innehalten der Waffenstillstandsbedingungen zu veranlassen. Weiter hofft die Sowjetregierung, daß sie in die Lage versetzt werde, ein entsprechend abgeändertes Friedensangebot den Mittelmächten zu unterbreiten.

Ob in England unter dem Druck der Niederlagen sich ein Umchwung vollzieht, wie bürgerliche Blätter wissen wollen, bleibt abzuwarten.

Großbritannien

Kohlenprofite und Kohlenförderung in England

Die englische Regierung hat eine Erhöhung der Kohlenpreise bewilligt, obwohl sie ursprünglich eine Verteuerung nicht wollte. Sie hatte recht, wie die Kohlegewinne im letzten Vierteljahr 1918 beweisen. Die Regierung muß selbst durch ihren Vertreter zugeben, daß der Reingewinn pro Tonne 3 Schilling 4 Pence betrug. In den letzten vier Kriegsjahren machten die Kohleninteressenten und die Regierung einen Profit von nicht weniger als 160 000 000 Pfund Sterling. Für das Jahr 1919 sind noch keine Ziffern zu erhalten, obwohl sie sicher bereits für das erste Halbjahr feststehen. Man darf also annehmen, daß Kohlenbarone und Regierung auch in diesem Jahre nicht schlechter abschneiden. Sonst wären die Ziffern längst bekannt gegeben.

Interessant sind auch die Förderungszahlen. Bekanntlich wurde Mitte Juli die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt. Gegen diese Stunde war mit allen Argumenten gekämpft worden. Tatsächlich wurde auch in den ersten Wochen viel weniger als vorher gefördert. Das hing aber zum Teil mit dem Yorkshire Kohlenstreik und später mit dem Eisenbahnerstreik zusammen. Die Ziffer hat sich jetzt beträchtlich gehoben. In

der letzten Woche vor dem Einsetzen der verkürzten Arbeitszeit war die Förderung 4796 148 Tonnen, in der Woche, die mit dem 18. Oktober abschloß, 4 727 465 Tonnen, also nur 68 000 Tonnen weniger. Man glaubt, daß bald wieder die alte Zahl erreicht werden wird.

Dabei muß im Auge behalten werden, daß die Erhöhung der Arbeitsleistung nicht auf einen großen Zustrom von Arbeitern zurückzuführen ist. Es sind tatsächlich nur ein halbes Prozent Arbeiter mehr eingestellt worden, eine Summe, die gar nicht in Betracht kommt. Alles Gerede über den Zusammenbruch der englischen Kohlenförderung durch die Verkürzung der Arbeitszeit hat sich also als Unsinn erwiesen.

In und um Elbing

Interessenpolitiker möchten ihr Süppchen kochen
Zur Stadtverordnetenwahl sind nicht weniger als 10 Wahlvorschläge eingereicht. Es sind dies:

Unabhängige Sozialdemokraten	Liste	Baude
Sozialdemokratische Partei	"	Braun
Deutsch-Demokratische Partei	"	Elka Carstenn
Zentrum	"	Polzin
Deutschnationale Volkspartei	"	Diegner
Deutsche Volkspartei	"	Sabecker
Arbeitsgemeinschaft Kaufmännischer und Technischer Verbände	"	Vorfalt
Beamten-Orts-Kartell	"	Winkler
Mittelstandsliste	"	Begmann
Hausbesitzer	"	Lewinsohn

Mit dieser Zahl von Listen hat Elbing wahrscheinlich einen Rekord in der Zersplitterung aufgestellt. Von zehn Listen ist wenigstens bisher noch von irgendwo etwas zu hören gewesen. Jede Körperschaft, die überhaupt wirken soll, braucht eine Majorität nach der einen oder anderen Richtung hin; andernfalls verhandelt sie in faulen Kompromissen, in Rechnungsträgerei und Geschäftshuberei. Aber das ist es: nun der alte Augiasstall der Dreiklassenwirtschaft gesäubert werden soll, möchten die Nutznießer des bisherigen Zustandes weiter von ihm profitieren. Sie klammern sich an ihre Pöschchen, weil sie für sich oder ihre Gevattern davon Vorteile erwarten. Von der politischen Reise der Elbinger Arbeiterschaft hängt es ab, diesem Treiben Halt zu gebieten. Genossen und Kollegen, am 30. November darf es nur eine Parole unter den Proletariern geben:

Bahn frei für eine bessere Zukunft!
Liste Baude wird gewählt!

Der Zugverkehr nach dem 15. November

Nach Anordnung der Reichsregierung soll am 16. November die Wiederaufnahme des Personenzugverkehrs erfolgen. Dabei ist jedoch nicht an eine Wiederaufnahme des vollen Verkehrs zu denken. Nur solche Züge, die zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendig sind, werden dann wieder verkehren. Schon heute steht nach Meldungen Berliner Blätter fest, daß auf jeder Strecke voraussichtlich nur noch ein Schnellzug in jeder Richtung verkehren wird.

Weitere Meldungen besagen, daß die Verkehrssperre nichts genügt hat. Sie sollte zur Behebung der Kohlen- und Kartoffelnot verhängt sein. Kartoffeln kriegt man keine, weil erstens die Bauern keine liefern wollen und nun infolge des Frostes auch nicht mehr können. Da hätte sich die weise Regierung eher befinden und auch anders zuffassen müssen. Desto mehr müßte es doch nun möglich sein, Kohlen zu transportieren. Aber auch da klappt es nicht. Es fällt schwer, an bloße Unfähigkeit der leitenden Männer zu glauben. Soll da etwa planmäßige Sabotage im Spiele sein?

Aus den Fingern gezogen

Seit Lothar Wendes Zeiten ist in der Redaktion der Elbinger Zeitung ein wesentlicher Niedergang eingetreten. Es scheint, als ob die Tage des Herrn Binzer, der mit beweislosen Verdächtigungen gar zu gern gegen seine Gegner operierte, allmählich wiederkehren sollten. Zu unserem Bedauern waren wir bereits mehrfach genötigt, solche Entgleisungen der Elbinger Zeitung festzustellen und müssen das auch heute wieder tun. In der gestrigen Nummer bringt unsere Kollegin folgende Nachricht:

Die Volkshewisten und Dr. Cohn
Eigene Meldung der Elbinger Zeitung
Berlin, 12. November

Wie die Deutsche Zeitung erfährt, ist die „Rechte Hand“ des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten Sowjetrusslands, Abramowitsch, Ende vorigen Monats in Berlin eingetroffen. Er sprach sofort bei Dr. Cohn vor und besprach mit ihm die Maßnahmen gegen die Anwerbung im Osten. Dr. Cohn versprach, diese Angelegenheit aufs eifrigste weiter zu verfolgen. A. überbrachte ihm darauf den strikten Auftrag der Sowjetregierung, mit Hilfe der radikalen Parteien jede Werbetätigkeit zu verhindern und unter diesen Parteien Stimmung für einen bewaffneten Aufstand zu machen. A. soll eine bedeutende Summe Geldes mitgebracht haben.

Die Meldung ist völlig unzutreffend. Genosse Cohn wird als Nachfolger Haases im Fraktionsvorstand genannt, Flugs soll gegen ihn Stimmung gemacht werden. Es ist sehr bedauerlich, daß ein Blatt von der Bedeutung der Elbinger Zeitung sich an diesem Treiben beteiligt.

Elbinger Stadttheater

„Die verschwundene Pauline“, Schwank in 3 Akten von Willi Wolf und Martin Jickel.

Man nehme einen Teil „Penion Schöllers“, einen Teil „Charleys Tante“, einen Teil „Im weißen Rößl“, rühre dieses tüchtig durcheinander und man erhält dann „Die verschwundene Pauline“. Und aus diesen Gründen hatte die Direktion die Lacher auf ihrer Seite. Die Handlung ist ungefähr folgende: In der Fremdenpension „Geschwister Schön“ herrscht Aufregung darüber, daß die resolute und tüchtige Zwillingsschwester Pauline, des anderen Inhabers Paul Schön plötzlich nach einem Zwist verschwunden ist. Paul ist dieser Situation um so weniger gewachsen, da er durch peinlich falsche Eintragungen ins Fremdenbuch die Gäste noch mehr gegen sich aufbringt. Ein nörgelnder Gast, der Gosefabrikant Traugott Seegebrecht aus Leipzig, stachelt die Unzufriedenheit der Gäste in recht „spartakistischer“ Weise an. Er schlägt den andern Gästen vor, ohne die Rechnung zu bezahlen, in ein anderes Hotel zu ziehen. Als Paul nun sogar kocht, ist das Schicksal der Fremdenpension besiegelt. Doch Rätzi, die schlaue Magd, rät ihm zu, in Anbetracht der Wehlichkeit der Geschwister, die Rolle der verschwundenen Pauline zu übernehmen. Als Pauline erringt er wieder die

Sympathien der Gäste in ungeahnter Weise. Er wird in verschiedener Weise ins Vertrauen gezogen und so entstehen Situationen, die zwerchfellerstüttender wirken.

Die Aufführung war gut inszeniert und Herr Wiesner zeichnete verantwortlich. Auch für die Personen des Gosefabrikanten Seegebrecht, dem er zwar das nörgelnde Wesen sehr gut, aber nicht den „Reibzger“ Dialekt beibringen konnte. Herr Kaiser in der Doppelrolle als Paul und Pauline Schön kann ein guter Teil für den Lacherfolg des Abends für sich in Anspruch nehmen. Die Rolle des Arbeiter Weinbändlers Krause bot Herrn Wald Gelegenheit, sich endlich ein Lob zu verdienen. Auch Herr Hille brachte mit gutem Geschick einen famosen Ortsgendarm („Schnackele“ aus dem „Ull“) auf die Bühne. Der Bergführer Toni (Herr Heidenreich) und die schlaue Rätzi (Fr. Blumenfeld) waren von täuschender Echtheit, während Herr Miekle sich in der Rolle des kunstschwärmenden Jünglings selbst wohl sehr unglücklich vorkam. Fr. Welsch als Weinbändlerstochter, ferner Frau Steineeg als Geheimrätin, und Herr Homfeld als ein von den Damen begehrter Tenor seien außerdem noch hervorgehoben. (Wegen Raummangels zurückgestellt.) ld.

Volkshochschule Elbing

Die Volkshochschule gibt bekannt, daß zu den drei Arbeitsgemeinschaften der Gruppe D: 1. Landeskunde und Geschichte von Westpreußen (Studienassessor Krüger), 2. Grundfragen des seelischen Lebens (Dr. Schröder), 3. Das Wichtigste aus der Zellenlehre (Studienrat Dr. Graf), noch Eintrittskarten zu haben sind. Der Vortrag zu 1 beginnt am 17. November.

Aufruf an die Bücherfreunde!

Der Volksverband der Bücherfreunde, dem ohne einen Mitgliedsbeitrag alle, auch Vereine, Verbände, Organisationen und Einzelpersonen angehören können, will der Sozialisierung des Bildungswesens ein Helfer sein. Jährlich erscheinen zunächst vier literarisch wertvolle Bände, künstlerische, dem jeweiligen Inhalt angepaßte Einbände, typographisch und in der Papierwahl würdige Ausstattung wird die also zustande kommende Bibliothek zur Heimstätte von Kunst und Schönheit machen. Der Verband begann im Oktober dieses Jahres mit Goethes „Faust“, dessen kritische Durchsicht A. Soergel besorgte. Der Volksfreund pflegt neben den Klassikern kulturgeschichtliche und Reiseswerke, den modernen Roman und die Poesie. Die Bände werden nur an Mitglieder verausgabt und sind nicht im Buchhandel erhältlich. Eine Verbeschriftung mit Geleitworten von Minister Haenisch und Beiträgen von Max Halbe, Hermann Sudermann, Friedrich Kayßler, Otto Gläse, August Soergel, Dr. M. Conrad und andere, mit Holzstichen und Federzeichnungen von Edmund Schaefer und Bruno Witte, ist bereits erschienen. Sie wird unberechnet ausgegeben und unterrichtet eingehend über den Volksverband für Bücherfreunde, der in allen größeren Städten sich aufgetan hat. Wer ein Freund von guten Büchern ist und wem es daran liegt, die besten Schätze der Literatur in weite Kreise des Volkes hineinzutragen, versäume nicht, sich dieser wahrhaften Bestrebung anzuschließen.

Wieder Gas

Von Montag ab wird das Städtische Gaswerk wieder Gas abgeben. Die Gasabnehmer werden ersucht, die Leitung nachzusehen und etwa offenstehende Hähne zu schließen. Einstweilen geschieht die Gasabgabe nur in der Zeit von 5—9 Uhr abends. Um die zurückgebliebene Luft zu entfernen, wird bereits im Laufe des Montag vormittag in die Leitungen Gas eingelassen. Vor vorzeitiger Gasentnahme wird gewarnt.

Ostdeutsche Nachrichten

Natürlich, Moskaförder!

Der Danziger Magistrat nimmt nun zu den am 7. November im Rathause durch Mannschaften des Sicherheitsdienstes verübten Bandalitäten das Wort. Nach seiner Erklärung sind im Stadtverordnetenjaal sieben Lederstige mutwillig durch Messerstücke zerschritten und von einem weiteren Sig das Leder gestohlen. Das Freie Volk sei aber hinsichtlich der Arbeiterbewegung im Irrtum. Es waren nicht Mannschaften der Sicherheitswehr im Rathause gewesen, sondern Angehörige der Reichswehr. Dies sei auf Veranlassung des Polizeipräsidentiums geschehen.

Von der Danziger Reichswerft

Der neue Leiter der Reichsbetriebe scheint seine Tätigkeit in weiteren Massenentlassungen von Arbeitern zu sehen. Wie es heißt, sollen am 15. d. Mts. wieder über 1000 Arbeiter von der Reichswerft entlassen werden. Nach einer andern Meldung sollen 1900 Personen zur Entlassung kommen. Es wird weiter gemeldet, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit auf der Reichswerft geplant sei.

Die Gemeindevahlen im Freistaatsbereich

Wie in Danzig, so werden, wie nunmehr beschlossen ist, auch in den ländlichen Gemeinden des Freistaatsbezirktes die Wahlen am Sonntag, den 14. Dezember, stattfinden. Für den Kreis Danziger Höhe sind bereits die notwendigen Verordnungen erlassen, um die Wahlen in den 22 Landgemeinden Kl.-Bölkau, Borgfeld, Braunsdorf, Brentau, Emaus, Gischkau, Gludau, Grenzsdorf, Gutsherberge, Alabau, Langenau, Vöblau, Meisterswalde, Ohra, Oliva, Praust, Ramkau, Richthof, Rosenberg, Schönwarling, Kl.-Trampfen und Wonneberg durchzuführen.

Verbrannt

Bei einem Brand auf dem Gehöfte des Besitzers Knorr in Straßewo bei Stuhm erlitten der Besitzer und seine Ehefrau den Erstickenstod. Das Feuer vernichtete in kurzer Zeit Wohnhaus, Stall und Scheune. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Auch ein Kriegsoffer

Die Arbeiterfrau Manuskewitz aus Kulm wurde auf dem Güterbahnhof, wo sie Kohlen sammelte, von einer Lokomotive überfahren und getötet.

Keine Straßenbahn in Königsberg

Die Stadt Königsberg mußte den Straßenbahnverkehr einstellen, weil dem Elektrizitätswerk eine in Berlin in Reparatur befindliche Turbine von der Streikleitung nicht freigegeben wurde. Nach Ermittlungen des Lokalsanzeigers handelte es sich wohl nur darum, daß die Reparatur während des Metallarbeiterstreiks nicht genehmigt wurde. Nach dessen Beendigung sei anzunehmen, daß der schleunigen Reparatur nichts mehr im Wege stehe.

Die U. S. P. in Marienburg

In Marienburg ist seit dem Kallstellen des Herrn Grabner eine erfreuliche Gesundung der Parteiverhältnisse eingetreten. Die vorher trotz guter Einnahmen immer und ewig vorhandenen Defizite sind verschwunden. Zum erstenmal hat die Parteileitung Marienburg die Prozente für die Hauptkasse abliefern können. Ebenso war ein Kassenbestand von 45 Mark am Quartalschluß vorhanden. Herr Grabner hat gegen den Genossen Ueberjohn, den derzeitigen Vorsitzenden, eine Beleidigungsklage angestrengt.

Aus Stolz

Die vom Magistrat in Stolz beantragte Lohnregelung der städtischen Arbeiter und Angestellten erfordert eine Mehrausgabe von 250 000 Mark. Der größte Teil dieser Mehrausgabe soll durch eine Erhöhung der Gas-, Elektrizitäts- und Fahrpreise für die Straßenbahn aufgebracht werden. Die Stadtverordneten genehmigten die Vorlage. — Mit Rücksicht auf die Elektrizitätsversorgung soll, wie vom Magistrat mitgeteilt wurde, der Straßenbahnverkehr in der nächsten Zeit vollständig eingestellt werden.

Gewerkschaftliches

Der Verbandstag der deutschen Tabakarbeiter

In Bremen tagte der Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Mitgliederzahl der genannten Organisation beträgt jetzt mehr als 60 000, davon 44 000 weibliche; der Kassenbestand ist auf 1 200 000 Mark gestiegen. Was wir bei allen diesjährigen Tagungen deutscher Gewerkschaften erlebt haben, daß bei den Mitgliedern eine starke Opposition gegen die Taktik der Gewerkschaftsbureaucraten besteht, kam auch auf dieser Tagung zum Ausdruck. Zwar ist die Opposition noch nicht so stark, daß sie die Führung des Verbandes übernehmen kann, wie es bei dem kürzlich stattgefundenen Stuttgarter Verbandstag der Metallarbeiter der Fall war, aber es ist anzunehmen, daß bereits der nächste Kongreß ein anderes Bild zeigen wird. Diesmal haben die Vertreter der Gewerkschaftstaktik ihre Macht noch einmal brutal ausgenützt und einen Korreferenten zum Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Deichmann in Bremen erstattete, abgelehnt. Es ist das bezeichnend, wenn man bedenkt, wie man im rechtssozialistischen Blätterwald über das Vorgehen der Opposition auf dem Metallarbeitertag gemurmelt hat. Nichtsdestoweniger fielen in der Diskussion scharfe Worte gegen die Politik des Arbeiterverrates des Vorstandes. Ist dieser doch während des Krieges dem „Freiheitsbund fürs Vaterland“ beigetreten und hat dafür pro Mitglied 20 Pfennige Beitrag gezahlt! Der Organisation fehlt vor allem der Kampfcharakter. Auch der Tabakarbeiterverband hat dem wirtschaftlichen Burgfrieden zugestimmt. Solche Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum sind selbstverständlich aufs Schärfste zu verurteilen. In der Verbandsstaktik ist die Revolution völlig unberücksichtigt geblieben; statt die Tabakindustrie zu sozialisieren, bewilligte man die Banderolensteuer. Dieser Vorwurf traf besonders Deichmann, der als M. d. R. (Moskaförder) seine Zustimmung zur Banderolensteuer gegeben hat. Natürlich ist auch diese Handlung nur die Fortsetzung der Kriegspolitik, bewilligte doch Deichmann auch die Kriegskredite, obgleich er Mitglied der internationalen Tabakarbeitergewerkschaft ist.

Diese Kritik deckte die Verbandstaktik in ihrer ganzen Unhaltbarkeit auf. Entsprechend waren auch die von der Opposition gestellten Forderungen, die sich gegen die Tabaksteuern wandten und die Zusammenarbeit mit den Christlichen und Kirch-Quaderschen verurteilten. Die Frage des Räte-systems muß gründlich behandelt werden. Dies gilt auch für das Fachorgan: Der Tabakarbeiter, das von einem Diskussionsredner als das schlechteste Gewerkschaftsorgan bezeichnet wurde, während es früher das beste war. Ein Misstrauensvotum für den Vorstand bildete die von der Zahlstelle Schönlanke eingebrachte Resolution, die auch angenommen wurde:

„Die vom Vorstand eingeleiteten und abgeschlossenen beiden Lohnbewegungen dieses Jahres sind nicht annähernd zur Zufriedenheit der Mitglieder angefallen, trotzdem für uns Tabakarbeiter die günstigste und beste Gelegenheit war, um unsere Löhne annähernd mit denen anderer Berufe in Einklang zu bringen.“

Noch haben die Sozialverräter die Führung im Tabakarbeiterverband, wahrscheinlich ist es aber das letzte Mal gewesen.

Von nah und fern

Der Hauptmann von Adpenia

im Frankfurter Rathaus

Ein städtischer Beamter schuldete einer Frau eine Geldsumme. Das erfuhr der 18 jährige Kaufmann Karl Blum. Er versprach der Frau, ihr das Geld zu verschaffen. Karl Blum begab sich auf das Rathaus, stellte beim Pförtner das Amtszimmer des Beamten fest und ging schnurstracks in dieses hinein. Hier stellte er sich als Kriminalbeamter vor, legitimierte sich durch eine Messingkarte des zweiten Tierschutzvereins und herrschte den Beamten, als dieser die Beamteneigenschaft des jungen Burschen anzweifelte, mit den Worten an: Wenn Sie den Mund nicht halten, dann geschieht Ihnen was anderes. Auch den Vorgesetzten des Beamten, einen alten Stadtpförtner, schüchterte Blum ein und schließlich wußte er auch den Direktor des betreffenden Amtes, der herbeigerufen wurde, glaubwürdig durch die Hundemarke des Tierschutzvereins zu überzeugen. Blum fesselte darauf den Beamten und führte ihn geschlossen über den großen Kornmarkt die Zeil nach dem Warenhaus Bronker, wo er mit dem gehorsamen Delinquenten einen Rundgang durch die Geschäftsräume unternahm. Dann führte das Bürschchen sein Opfer quer über die Zeil in's Kaufhaus Hansa, wo sich das gleiche Schauspiel wiederholte und alle Welt staunte den schneidigen Kriminalbeamten an. Von da begab sich Blum mit dem immer noch gefesselten Beamten auf die Plattform einer Straßenbahn, auf der er einen Schutzmännchen traf. Aus Furcht vor Entdeckung löste Blum jetzt die Fesseln, stieg mit seinem Opfer an der Hauptwache vom Wagen und entließ den Beamten mit dem Bemerkten, er würde am andern Morgen verhört werden. Tags drauf begab sich dann Blum in eine Arbeiterfamilie der Frankfurter Allee, um hier abermals den Kriminalbeamten zu spielen. Der Arbeiter war aber gescheiter als die Rathausherren. Er ließ unauffällig einen Schutzmännchen holen, der den jungen Mann auf die Wache mitnahm, die ihn aber, da sie von den Vorfällen im Rathaus noch nichts wußten, mit einem Beweis entließen. Inzwischen hatten die Herren im Rathaus doch eingesehen, daß sie einem geriebenen Jungen zum Opfer gefallen waren. Sofortige Ermittlungen führten zur Festnahme Blums.

